

Gewerkschaften vor dem Aus?

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 2006, S. 14

Leben Totgesagte länger? Die gegenwärtigen tarifpolitischen Scharmützel zeigen, die Gewerkschaften leben noch und kämpfen wieder. Um ihre Gesundheit ist es allerdings seit längerem schlecht bestellt, nicht nur in Deutschland. Die Mitgliedszahlen sind stark rückläufig, kollektive Tarifverträge werden immer öfter nicht mehr eingehalten, der Kampf um die 35-Stunden-Woche ging verloren. Kein Wunder, wenn Gewerkschaften für viele eine aussterbende Spezies sind. Neben ein paar Ghettos im privaten Sektor wird ihnen nur noch im öffentlichen Sektor eine leidliche Zukunft vorausgesagt.

Alle diese düsteren Prognosen scheinen die Gewerkschaften widerlegen zu wollen. Im Kampf um die Arbeitsplätze bei AEG zeigten sie lange die Zähne, trotz hoher Abfindungen vergebens. Die tariflichen Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst werden für deutsche Verhältnisse weiter heftig geführt. VERDI versucht verbissen, den Status quo zu verteidigen, ohne Aussicht auf Erfolg. Der Verlauf der Tarifaueinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie lässt zumindest hoffen, dass heftige Streiks und massenhafte Aussperrungen nicht die unruhige Zukunft in Deutschland sein müssen.

Zwei Gesichter

Wie künftige Arbeitskonflikte gelöst werden, hängt davon ab, welches Gesicht die Gewerkschaften zeigen. Von ihrer guten Seite zeigen sie sich, wenn sie nicht nach Renten jagen, sondern helfen, welche zu schaffen. Das ist der Fall, wenn sie sich auf betrieblicher Ebene engagieren, Arbeit und Kapital effizienter einzusetzen. Der Kuchen wird dann größer. Allerdings haben sie sich in den letzten 30 Jahren von ihrer schlechten Seite gezeigt. Sie waren vor allem damit beschäftigt, sich möglichst große Stücke des Kuchens anzueignen. Diese Jagd nach Renten machte massenhafte Arbeitslosigkeit zur Plage.

In den Hochzeiten des Korporatismus lahmte der Wettbewerb auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten. Unternehmen fuhren Monopolgewinne ein, Arbeitnehmer wollten daran beteiligt werden. Die Tarifpartner stritten um die größten Stücke an diesem Kuchen. Dabei hatten die Gewerkschaften gute Karten. Das Herz des rheinischen Kapitalismus schlug in den westdeutschen Großbetrieben der Metall- und Elektroindustrie. Die gewerkschaftliche Klientel, die Facharbeiter, war ebenfalls relativ homogen und leicht zu organisieren. Der Flächentarif, der vieles über einen Kamm schert, passte in diese Zeit.

Als nach den Ölpreisschocks die Jagd nach Renten schwieriger wurde, mussten die Gewerkschaften ihre lohn- und tarifpolitische Strategie nicht ändern. Die Politik eilte ihnen zu Hilfe. Die Blüms & Co degradierten den (Sozial-)Staat zum Lastesel. Beschäftigungspolitische Lasten einer falschen Lohn- und Tarifpolitik wurden über Arbeitslosen- und Rentenversicherung auf Dritte abgewälzt. Zukünftige Generationen sind die Dummen. Staatliche Beschäftigung kaufte überschüssige Arbeitsmengen aus dem Markt. Die offizielle Arbeitslosenquote sank, die Mitgliedsbasis der ÖTV (VERDI) wurde gestärkt.

In einer globalisierten Welt funktionieren diese Taschenspielertricks nicht mehr, das Jagdfieber der Gewerkschaften nach Renten sinkt. Der Wettbewerb ist härter, Monopolgewinne erodieren, Verteilungsspielräume werden enger. Die Arbeitswelt ist differenzierter, weniger formiert. Arbeitnehmer und Unternehmen sind heterogener, wirtschaftliche Schocks treffen die Akteure unterschiedlich. Zentrale Flächentarife passen nicht mehr für alle, dezentrale Lösungen sind notwendig. Und der Sozialstaat steht als Lastesel nicht mehr zur Verfügung. Die Demographie spielt die umlagefinanzierte Alterssicherung aus, den institutionellen Libero gewerkschaftlicher Macht.

Kampfgemeinschaften

Diese institutionellen Veränderungen härten die Budgetrestriktionen beider Tarifpartner. Handlung und Haftung der beiden lohn- und tarifpolitischen siamesischen Zwillinge klaffen weniger stark auseinander.

Einer beschäftigungsschädlichen Lohn- und Tarifpolitik werden die schärfsten Zähne gezogen. Dezentrale betriebliche und stärker individualisierte Vereinbarungen gewinnen die Oberhand über zentrale kollektive Lösungen. Aus dem ideologischen Klassenkampf zwischen Arbeit und Kapital wird eine pragmatische unternehmerische Kampf-gemeinschaft von betrieblichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gegen eine Konkurrenz, die auch nicht schläft.

Gewerkschaften, die überleben wollen, schlagen den rentenschaf-fenden Weg solcher betrieblichen Produktivitätskoalitionen ein. Das geht aber nicht von heute auf morgen, auch Gewerkschaften lernen unterschiedlich schnell. Am längsten auf diesem Weg unterwegs ist die IG Bergbau, Chemie und Energie. Die IG Metall folgt nur äußerst widerwillig. Vor allem der Druck von Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus mittelständischen Unternehmen macht ihr allerdings Beine. Be-triebliche Bündnisse für Arbeit, ein Akt der Notwehr von Arbeitneh-mern und Arbeitgebern gegen das Tarifkartell, wirken als Katalysato-ren.

Der Abschluss von Pforzheim war ein Schritt in die richtige Richtung, hin zu legalen betrieblichen Bündnissen. Allerdings handhabt die IG-Metall tarifliche Öffnungsklauseln sehr restriktiv. Viele betriebliche Krisen- und Innovationsbündnisse scheitern. Tarifliche Öffnungsklau-seln sind oft ein Muster ohne Wert, notwendig sind gesetzliche. Die treffen allerdings auf den entschiedenen Widerstand der Gewerk-schaften. Nicht ganz zu Unrecht fürchten sie einen „SAP-Effekt“. Set-zen sie weiter auf Ideologie und überzeugen die Arbeitnehmer nicht durch Taten, verlieren sie in der Tat den Wettstreit auf betrieblicher Ebene mit konkurrierenden Arbeitnehmersvertretern.

Die IG-Metall weiß noch nicht so recht, wie sie weiter agieren soll. Sie möchte sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen. Tarifli-che Öffnungsklauseln blockiert sie, mit dem neuesten Abschluss ver-zichtet sie nicht wirklich auf etwas. Die Betriebsparteien können zwar

die Einmalzahlungen in eigener Regie ohne Tarifpartner variieren. Das ist ein richtiger Schritt hin zu flexibleren und differenzierteren Lösungen auf betrieblicher Ebene. Über den Umfang an Einmalzahlungen wird aber in Tarifverhandlungen entschieden. Der autonome Handlungsspielraum der Betriebsparteien wird von den Tarifpartnern festgelegt. Die Gewerkschaften haben auf nichts verzichtet, dafür aber einen überzogenen Lohnabschluss bekommen. Es bleibt dabei, an gesetzlichen Öffnungsklauseln führt kein Weg vorbei.

Die hierzulande kultivierte Angst, zukünftige Arbeitsbeziehungen könnten konflikträchtiger sein, ist unbegründet. Vieles spricht dafür, dass die Zukunft stärker von einem kooperativeren Miteinander von Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf betrieblicher Ebene geprägt sein wird. Arbeitnehmer werden stärker an den Chancen und Risiken unternehmerischer Entwicklung beteiligt. Ihr Einkommen enthält mehr ertragsabhängige Komponenten, sie partizipieren stärker an den Entscheidungen ihrer Unternehmen. In einem solchen Umfeld eines „shared capitalism“ ist die Gefahr polarisierender Arbeitsauseinandersetzungen aber eher gering.

Öffentlicher Dienst

Am schlechtesten bestellt ist es um die Lernfähigkeit der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor. VERDI lebt in einer längst versunkenen Welt. Sie glaubt, die Produktion nationaler öffentlicher Güter verschaffe ihr eine spezifische Monopolstellung. Der Kampf um die 18 Minuten längere Arbeitszeit zeigt, wie sie diese nutzen will. Tatsächlich wird die Realität auch VERDI einholen. Der größte Teil, der vom Staat hergestellten Produkte sind keine öffentlichen, sondern private Güter. Auf Besitzständen zu beharren, verschlechtert die desolante finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte weiter. Der Prozess der Privatisierung wird sich beschleunigen, die Machtposition von VERDI erodieren.

Was im privaten Sektor seit langem zu beobachten ist, wird auch im öffentlichen Bereich eintreten. Der staatliche Raum wird trotz Art.

72,2 GG heterogener, der effizienzverschlingende Finanzausgleich stößt an Grenzen. Wirtschaftlich unterschiedlich starke Gebietskörperschaften werden sich in ihren Leistungen und der Entlohnung ihrer Bediensteten stärker als bisher unterscheiden. Die Tarifgemeinschaft der Länder ist schon zerbrochen, der kommunale Arbeitgeberverband zeigt nach der Kritik baden-württembergischer Landräte am letzten Abschluss deutliche Risse. Klar ist, die Tarifpartner schlagen in der jetzigen Formation die letzten Schlachten, und die meisten wissen es auch.

Norbert Berthold